

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 15. Oktober 1965

A 22127 C

Nummer 42/43

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1965

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung,
Braunschweig-Völkenrode

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in Berlin am 9. Oktober 1965

Die Lage der Weltwirtschaft

Die weltwirtschaftliche Expansion hat sich in diesem Jahr fortgesetzt. Ihr Tempo hat sich unter dem Einfluß der Entwicklung in Westeuropa und Japan jedoch nochmals leicht verlangsamt. Die retardierenden Wirkungen auf den Welthandel haben insbesondere die Ausfuhr der Vereinigten Staaten und der Entwicklungsländer getroffen. Anlaß zur Sorge gab nicht nur das Zahlungsbilanzungleichgewicht in Großbritannien, sondern auch der verstärkte Preisaufrtrieb in den meisten europäischen Ländern; die wirtschaftspolitischen Instanzen reagierten mit Restriktionen oder waren vorsichtig bei der Anwendung expansiver Maßnahmen.

Unvermindertes Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten

Die Expansion in den Vereinigten Staaten von Amerika setzt sich nach dem Abschluß der Lohnverhandlungen in der Stahlindustrie auf breiter Front fort. Ein wirtschaftliches Wachstum im bisherigen Ausmaß scheint nicht nur von dem Angebot, sondern auch von der Nachfrage her bis weit in das Jahr 1966 gesichert.

Die stetige Ausweitung des Produktionspotentials ist durch das reichliche Angebot an Arbeitskräften

und die weiterhin kräftig zunehmende Investitionstätigkeit im privaten Wirtschaftsbereich gewährleistet. Die hohe Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten und die nach wie vor befriedigende Gewinnlage werden die Unternehmen — nicht zuletzt auch im Hinblick auf den starken nationalen und internationalen Wettbewerb — weiterhin zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen und Modernisierung der vorhandenen Kapazitäten veranlassen. Ein ergiebiger Kapitalmarkt ermöglicht eine die eigenen Mittel ergänzende langfristige Fremdfinanzierung zu kaum erhöhten Zinssätzen.

Wenn auch die Genehmigungen für Wohnbauten keine Steigerung der Aufwendungen erwarten lassen, so muß doch nicht befürchtet werden, daß von diesem so wichtigen Teilbereich der Wirtschaft in den nächsten Monaten kontraktive Einflüsse ausgehen werden. Die Vermeidung des Streiks in der Stahlindustrie hat die Stahlverarbeiter in der Zwischenzeit veranlaßt, mit neuen Aufträgen zurückzuhalten. Die Lagerhaltung insgesamt ist sowohl bei der verarbeitenden Industrie als auch beim Groß- und Einzelhandel, gemessen an den Umsätzen, niedrig. Daher wird sich die Lageranreicherung, allerdings zunächst stark vermindert, ebenfalls fortsetzen.

Die öffentliche Hand hat ihre Ausgaben im Laufe dieses Jahres kontinuierlich erhöht. Trotz der mehrmaligen Senkung der Steuersätze stiegen ihre Einnahmen jedoch dank der ununterbrochen aufwärts gerichteten Wirtschaftsentwicklung stärker als die Ausgaben. Die öffentlichen Haushalte — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — schlossen mit Überschüssen ab, die sich bis zur Jahresmitte von Quartal zu Quartal erhöhten. Die für zivile und militärische Zwecke aufzuwendenden Beträge der amerikanischen Bundesregierung und sonstigen öffentlichen Haushalte werden ihre steigende Tendenz eher leicht verstärkt beibehalten.

Der private Verbrauch stand in diesem Jahr unter dem Einfluß einer nachlassenden Sparneigung der Konsumenten bei schnell steigenden verfügbaren Einkommen sowie der Senkung der Verbrauchsteuern zur Jahresmitte. Zu der anhaltend regen Nachfrage nach Automobilen traten in letzter Zeit auch wieder vermehrt Ausgaben für nicht-dauerhafte Güter und Dienstleistungen. Zusätzliche Impulse für die Verbrauchsentwicklung werden in den kommenden Monaten im Rahmen der bereits beschlossenen abermaligen Senkung der Verbrauchsteuern (1. 1. 1966) fühlbar werden. Die Erhöhung der Sozialabgaben wird dagegen die Einkommen der privaten Haushalte merklich belasten. Diese Einkommen werden jedoch aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Auftriebskräfte ihre aufwärts gerichtete Tendenz beibehalten. Mit einem nochmaligen Rückgang der Sparneigung ist nicht zu rechnen. Die Konsumenten dürften ihre Verbrauchsausgaben etwa im Rahmen ihrer Einkommenserhöhungen steigern.

Die Beschäftigungslage ist für amerikanische Verhältnisse günstig; die saisonbereinigte Arbeitslosenquote sank um die Jahresmitte auf 4,5 vH. Die gute Beschäftigungslage zeigt sich auch in der unvermindert hohen Wochenarbeitszeit in der verarbeitenden Industrie, führte allerdings auch zu einer leichten Beschleunigung des Lohnanstiegs. Er erreichte um die Jahresmitte im Vergleich zum Vorjahr — gemessen an den Stundenverdiensten in der verarbeitenden Industrie — 3,6 vH und überstieg damit die Steigerungsraten der Vorjahre von knapp 3 vH.

Die amerikanische Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren mit einem Anstieg der Lebenshaltungskosten von nur 1 bis 2 vH annähernder Preisstabilität erfreut. Die zur Zeit vorliegenden Preisindizes lassen eine Gefährdung dieser relativen Preisruhe nicht erkennen. Es ist kaum anzunehmen, daß die jüngsten Preiserhöhungen in einzelnen Bereichen eine Änderung der bisherigen Preistendenz zum Ausdruck bringen.

Über diesem sehr freundlichen Konjunkturbild steht als Schatten die nach wie vor unbefriedigende außenwirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten. Die Warenexporte haben — teilweise unter dem Einfluß von Streiks, die den Überseehandel beeinträchtigten — in den ersten sieben Monaten des Jahres mehr oder weniger stagniert (Wachstumsrate + 1,5 vH), während die Importe (Wachstumsrate + 12 vH) ihren Vorjahrsstand beträchtlich überschritten. Der Leistungsbilanzüberschuß — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

— war im ersten Halbjahr um fast 2 Mrd. \$ (Jahresbasis) niedriger als im Vorjahr; es gibt keine Anzeichen dafür, daß die zweite Jahreshälfte hier einen Tendenzwandel bringt. Weitere Interventionen zur Beschränkung der Kapitalausfuhr, vor allem in Form von Direktinvestitionen, sind unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen.

Weiterhin gemäßigtes Expansionstempo in Westeuropa

In Westeuropa hat sich das wirtschaftliche Wachstum seit dem Frühjahr insgesamt nochmals leicht verlangsamt. Die konjunkturelle Zunahme des realen Bruttosozialprodukts dürfte auf Jahresbasis reichlich 3,5 vH betragen haben und damit merklich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre geblieben sein.

Dieses Gesamtergebnis verdeckt jedoch die gegensätzlichen Tendenzen in den einzelnen Volkswirtschaften. Nachhaltig wirkte sich die erhebliche Abschwächung der Expansion in Großbritannien nach der vorübergehenden Beschleunigung um die Jahreswende aus. Dem stand auf der anderen Seite in Italien eine deutliche Erholung von der Rezession gegenüber, und auch in Frankreich gewannen die expansiven Faktoren allmählich wieder an Einfluß. Am stärksten, wenn auch leicht verlangsamt, war das wirtschaftliche Wachstum weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland. Die kleineren westeuropäischen Volkswirtschaften expandierten überwiegend noch relativ kräftig.

Da sich in der Bundesrepublik Deutschland das Angebot aus inländischer Produktion nicht so stark wie die Nachfrage ausweitete, stieg die Einfuhr weiter kräftig an, vor allem aus anderen europäischen Volkswirtschaften. Dies war möglich, weil in einer Reihe von Ländern die gedämpfte Entwicklung der Inlandsnachfrage Ressourcen verfügbar machte. Auf dem Arbeitsmarkt galt das weiterhin vor allem für Italien, wo gegenwärtig keine Vollbeschäftigung mehr herrscht, wenngleich die Erholung der Produktion bereits die konjunkturelle Abnahme der Beschäftigtenzahlen gestoppt zu haben scheint.

Die Ausfuhr Westeuropas in die übrige Welt setzte ihren kräftigen Anstieg fort und bildete einen wichtigen Expansionsfaktor auf der Nachfrageseite. Da gleichzeitig die Einfuhr langsamer stieg als die Ausfuhr, verringerte sich das immer noch recht hohe Handelsbilanzdefizit Westeuropas weiter.

Unter den internen Faktoren spielte der Anstieg der öffentlichen Nachfrage überall eine wichtige Rolle, obwohl sie nur vereinzelt — vor allem in Italien — gezielt zur Verstärkung der Expansion eingesetzt wurde. Besondere Bedeutung hatte die Erhöhung der öffentlichen Investitionen dort, wo sie den Schwächetendenzen im Bereich der privaten Investitionen entgegenwirkte. Das galt z. B. für Großbritannien, wo sich der Anstieg der Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft erheblich verlangsamt hat, und gleichfalls für Frankreich, wo sich noch keine nennenswerte Belebung der Investitionsneigung in der Industrie abzeichnete. Auch in Italien hielt bisher die Zurückhaltung der Unternehmer angesichts der vorhandenen Kapazitätsreserven an, zumal die Erwartungen nicht allein durch ökonomische, sondern auch durch innen-

politische Faktoren bestimmt wurden. Außer in einigen kleineren Volkswirtschaften — wie in den Niederlanden, Österreich und Schweden — nahmen die Investitionsausgaben der Unternehmen lediglich in der Bundesrepublik Deutschland noch kräftig zu. Vom Wohnungsbau gingen in den meisten Ländern retardierende Einflüsse aus.

Zum Tendenzwandel im Konjunkturverlauf einzelner Länder hat seit dem Frühjahr die Nachfrage der privaten Haushalte erheblich beigetragen. In Großbritannien reagierte sie so stark auf die eingeführten Restriktionen, insbesondere bei den Teilzahlungsbedingungen, daß zunächst der private Konsum für die Wachstumsdämpfung maßgeblich war. Umgekehrt führte in Italien die Verbesserung der Wirtschaftslage zu einer deutlichen Erhöhung der Konsumneigung, die den Erholungsprozeß ihrerseits beschleunigte. In Frankreich dagegen zeichneten sich bisher entsprechende Tendenzen nur in schwachem Maße ab. In den übrigen westeuropäischen Ländern hielt die kräftige Zunahme der privaten Konsumausgaben an.

In dieser Ausgabensteigerung spiegelt sich nicht zuletzt die weiterhin starke Expansion der Arbeits-einkommen in den meisten Ländern Westeuropas wider. So bewegte sich der Anstieg der Stundenverdienste in der verarbeitenden Industrie nach den jüngsten Daten zwischen 6 und 11 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum. Diese Steigerungen gingen zum Teil beträchtlich über die sich verringernden Produktivitätsfortschritte hinaus. Die Unternehmer wälzten im allgemeinen den Kostanstieg in steigenden Erzeugerpreisen weiter.

Der Preisauftrieb für die Güter der Lebenshaltung erreichte ein ungewöhnliches Ausmaß. Die ungünstigen Witterungsbedingungen beeinträchtigten die landwirtschaftliche Erzeugung und lösten eine erhebliche Verteuerung der Nahrungsmittel aus. Auch die Wohnungsmieten setzten ihren Anstieg unvermindert fort. In der Mehrzahl der Länder betrug der Anstieg der Lebenshaltungskosten um die Jahresmitte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrszeitraum zwischen 3 und 5 vH; in Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Schweden und Spanien ging er sogar noch darüber hinaus. Unter diesen Umständen wurden die vom raschen Anstieg der privaten Konsumausgaben auf das reale Wachstum ausgehenden Anregungen beträchtlich verringert.

Der noch verstärkte Preisauftrieb veranlaßte die wirtschaftspolitischen Instanzen in zahlreichen westeuropäischen Ländern, an ihrem grundsätzlich restriktiven Kurs festzuhalten. In Großbritannien war das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht Ursache für die nochmalige Verschärfung der konjunkturdämpfenden Maßnahmen. Allein Italien und — in sehr viel geringerem Maße — Frankreich und Belgien verfolgten eine Politik der Expansionsförderung.

Auch im Winterhalbjahr 1965/66 wird die westeuropäische Wirtschaft ihr gemäßigtes Wachstum beibehalten. Es dürfte in der Bundesrepublik Deutschland trotz einer gewissen Verlangsamung den europäischen Durchschnitt weiterhin übertreffen. In Italien und Frankreich ist mit einer Fortsetzung des Erholungsprozesses zu rechnen, wenn-

gleich die geringe Investitionsneigung der Unternehmer vorerst die Expansion noch nicht fördern wird. In den kleineren westeuropäischen Volkswirtschaften hält das Wirtschaftswachstum etwa unverändert an. Dagegen werden in Großbritannien die Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Stabilisierung weiterhin eine annehrende wirtschaftliche Stagnation zur Folge haben.

Welthandel nahm langsamer zu

Die Verlangsamung des konjunkturellen Wachstums in wichtigen Industrieländern hat sich auf das Expansionsstempo des Welthandels ausgewirkt. Die Ausfuhr der westlichen Welt hat sich im ersten Halbjahr 1965 gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum nur noch um etwa 7 vH erhöht nach einer Wachstumsrate von über 10 vH im zweiten Halbjahr 1964. Die verringerte Zunahme der internationalen Nachfrage ging von Westeuropa und Japan aus. Sie wirkte sich vor allem nachteilig auf die Ausfuhr der USA und der Rohstoffländer, nicht zuletzt der Entwicklungsländer, aus.

Die regionalen Unterschiede von Ein- und Ausfuhrentwicklung haben zu erheblichen Saldenverschiebungen im internationalen Warenverkehr geführt. Das Handelsbilanzdefizit Westeuropas nahm ab, das Defizit Japans verschwand sogar nahezu. Andererseits verminderte sich der Exportüberschuß der USA und der Entwicklungsländer beträchtlich. Beiden Wirtschaftsräumen droht von der Entwicklung der Handelsströme her die Gefahr erneuter Zahlungsbilanzdefizite.

Erneute Passivierungstendenzen im Außenhandel der Entwicklungsländer

Der Außenhandel der Entwicklungsländer zeigt bereits wieder Passivierungstendenzen. Während 1964 die Ausfuhr mehr als die Einfuhr gestiegen war, hat sich im ersten Halbjahr 1965 die umgekehrte Entwicklung durchgesetzt. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen hat die Ausfuhr nur um etwa 4 vH, die Einfuhr dagegen um mehr als 10 vH zugenommen. Wenn diese Tendenz im zweiten Halbjahr anhält — was nach den vorhandenen Anzeichen der Fall sein dürfte —, ergibt sich für das ganze Jahr 1965 wieder ein Überschuß der Wareneinfuhr in diesen Ländern.

Die erhebliche Ermäßigung des Ausfuhrwachstums von 9 vH im Jahre 1964 auf 4 vH im ersten Halbjahr 1965 spiegelt vor allem die zurückhaltenden Dispositionen der Rohstoffverarbeiter in Westeuropa und Japan wider. Der Rohstoffverbrauch nimmt langsamer als im vergangenen Jahr zu. Anlaß zur Aufstockung ihrer Lagerbestände an Rohstoffen sehen die Verarbeiter weder aufgrund ihrer Produktions- und Absatzerwartungen noch aufgrund der erwarteten Preisentwicklung auf den Weltrohstoffmärkten.

Zum kleineren Teil erklärt sich die verminderte Wachstumsrate der Rohstoffumsätze aus der Preisentwicklung. Während nämlich im Durchschnitt des vergangenen Jahres das Preisniveau für Rohstoffe um 2 bis 3 vH gestiegen war, ist es im ersten Halbjahr 1965 kaum noch höher gewesen als vor Jahresfrist. Die terms of trade der Entwicklungsländer

haben sich seit dem vergangenen Herbst nicht mehr verbessert. Künftig dürften sie sich wieder etwas verschlechtern, da leicht sinkende Rohstoffpreise zu erwarten sind, die Ausfuhrpreise für Fertigwaren der Industrieländer dagegen steigen werden.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Ausfuhr hat die Einfuhr der Entwicklungsländer im ersten Halbjahr 1965 sogar beschleunigt zugenommen (mehr als 10 vH nach 7 vH im Jahre 1964). Westeuropa allein setzte 11 vH mehr in diesen Ländern ab als im ersten Halbjahr 1964, bezog von ihnen dagegen nur 3 vH mehr. Der Realtransfer von den Industrie- zu den Entwicklungsländern hat sich also wieder erhöht und ein verstärktes Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern ermöglicht. Zugleich droht damit allerdings eine erneute Verschärfung ihrer Zahlungsbilanzprobleme. Noch hat zwar die Verschlechterung der Leistungsbilanz dieser Ländergruppe nicht zu einer Abnahme ihrer Währungsreserven geführt; Kapitalzuflüsse haben offensichtlich für einen Ausgleich gesorgt. Nach aller Erfahrung ist indessen zu erwarten, daß eine zunehmende Passivierung der Leistungsströme nach einiger Zeit auch eine Verminderung der Währungsreserven zur Folge hat.

Zeitpunkt und Ausmaß des Verlustes an Währungsreserven bestimmen, wann und in welchem Umfang die Entwicklungsländer zu neuen oder verstärkten Einfuhrrestriktionen Zuflucht nehmen. Angesichts der bisherigen Entwicklung ihrer Währungsbestände sind solche Restriktionen kurzfristig nicht zu erwarten. Die Industrieländer, zumal diejenigen Westeuropas, werden also zunächst weiterhin Impulse vom Außenhandel mit den Entwicklungsländern empfangen.

Preise für industrielle Rohstoffe wenig verändert

Obwohl es in den letzten Monaten nicht an exogenen Einflüssen fehlte (militärische Konflikte in Südostasien, Streiks), blieben die Weltmärkte der industriellen Rohstoffe von extremen Entwicklungen weitgehend verschont. Eine Ausnahme bildeten lediglich einzelne NE-Metalle (u. a. Zinn und Blei), die infolge anhaltend hoher Nachfrage und zeitweiliger Befürchtungen unzureichender Stockpile-Abgaben höher bewertet wurden. Bei den übrigen Rohstoffen gehörten die allgemein ausreichende Versorgungslage und hohe Angebotselastizität zu den wichtigsten marktbestimmenden Faktoren. Das gilt sowohl für Textilrohstoffe (mit Ausnahme von Rohwolle) als auch für Naturkautschuk und die Energieträger.

Die künftige Preisgestaltung hängt vor allem von der Nachfrageentwicklung ab. Die verlangsamte Zunahme der Industrieproduktion in Westeuropa dürfte eine Nachfragebelebung auf den internationalen Märkten weitgehend ausschließen, zumal mit einer Aufstockung der Verbrauchervorräte kaum gerechnet werden kann. Zudem sind die Angebotsländer bemüht, ihre Produktionskapazitäten verstärkt auszuweiten. Berücksichtigt man schließlich das voraussichtlich weiterhin umfangreiche Angebot aus den strategischen Vorräten der Vereinigten Staaten, dürfte vorerst mit leicht nachgebenden Preisen für industrielle Rohstoffe zu rechnen sein.

Hohe Angebotselastizität

auf den Nahrungs- und Genußmittelmärkten

Für die internationalen Nahrungs- und Genußmittelmärkte waren in der letzten Zeit divergierende Preisentwicklungen kennzeichnend. Während sich beispielsweise einzelne Getreidearten und Kakao verteuerten, neigten die Notierungen für Ölsaaten und pflanzliche Öle zur Schwäche. Infolge eines erntebedingten Überangebots erreichten die internationalen Zuckerpreise ein außerordentlich tiefes Niveau.

Der gegenüber dem Vorjahr weniger günstige Ausfall der diesjährigen Getreideernten wichtiger Zuschußregionen läßt eine zunehmende Nachfrage auf den internationalen Märkten erwarten. Dieser könnte aufgrund der hohen Angebotselastizität der Ausfuhrländer (überdurchschnittliche Ernten, umfangreiche Vorräte) ohne größere Preisänderungen entsprochen werden. Die Preisentwicklung der internationalen Märkte für pflanzliche Öle dürfte vorerst im Zeichen eines zunehmenden Angebotsdrucks stehen. Die Weltmarktnotierungen der tierischen Erzeugnisse werden sich vermutlich auf dem jetzt erreichten Niveau einpendeln, wenn nicht etwas nachgeben.

Ausblick

Die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft ist durch ein konjunkturelles Wechselspiel gekennzeichnet, das durchaus positiv zu beurteilen ist. Es bringt den Volkswirtschaften mit Kapazitätsreserven durch vermehrte Ausfuhren Anregungen für die Einkommensbildung und ergänzt das inländische Angebot vollbeschäftigter Wirtschaften durch vermehrte Einfuhren. Auf diese Weise trägt es zur Milderung der binnenwirtschaftlichen Schwankungen und teilweise auch der außenwirtschaftlichen Spannungen bei.

Die Ausgleichstendenzen des konjunkturellen Wechselspiels reichen jedoch allein nicht aus, um ein Zahlungsbilanzgleichgewicht auch nur unter den Industrieländern herbeizuführen. Denn die Konkurrenzposition einzelner Länder, vor allem Großbritanniens, aber auch der USA, ist immer noch ungünstig. Daran hat auch die relative Preisentwicklung der letzten Jahre wenig ändern können. Die heutigen Konkurrenzpositionen sind das Ergebnis der seinerzeit festgelegten Währungsparitäten, der seither entfalteten wirtschaftlichen Dynamik — mit ihren Auswirkungen auf die Kostengestaltung — und des Exportverhaltens der Unternehmer. Das heißt aber, daß die Konkurrenzposition durch Wechselkurskorrekturen kurzfristig zwar verbessert, auf die Dauer aber nur gesichert werden kann, wenn eine ausreichende wirtschaftliche Dynamik und ein exportorientiertes Unternehmerverhalten hinzutreten.

Die Bemühungen der angelsächsischen Länder, insbesondere der USA, um einen Zahlungsbilanzausgleich haben zu Anspannungen auf den nationalen Kapitalmärkten, vor allem der bisherigen Überschußländer in Kontinentaleuropa, geführt. Hier ist jedoch insofern in den nächsten Monaten ein Wandel zu erwarten, als erhöhte Zahlungsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten wahrscheinlich sind. Die Verschlechterung der amerikanischen Leistungsbilanz wird kurzfristig auch nicht durch verstärkte administrative Beschränkungen der

Direktinvestitionen im Ausland kompensiert werden, da die Rückflüsse kurzfristigen Kapitals nicht so groß wie in den Frühjahrs- und Sommermonaten bleiben werden.

Wenn in den europäischen Ländern die geldpolitischen Instanzen die von den außenwirtschaftlichen Beziehungen bisher ausgehenden kontraktiven Einflüsse im Geld- und Kapitalektor zugelassen bzw. verstärkt haben, so deshalb, weil der Preisauftrieb im allgemeinen ein Ausmaß angenommen hat, das nicht mehr als vertretbar erscheint.

Die Versuche, in wichtigen Industrieländern den Preisanstieg durch eine gesamtwirtschaftlich orientierte Einkommenspolitik zu bremsen, haben bisher wenig Erfolg gezeigt. Dies liegt einmal daran, daß es nicht gelungen ist, die Lohnsteigerungen in den einzelnen Volkswirtschaften — mit Ausnahme der Vereinigten Staaten — auch nur annähernd im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritte zu halten, die weitgehend als Richtlinie für preisneutrale Lohnsteigerungen angesehen werden. Von nicht weniger einschneidender Bedeutung ist die Tatsache, daß den unterschiedlichen Produktivitätsfortschritten in den einzelnen Wirtschaftszweigen nicht im Preisverhalten der Unternehmer Rechnung getragen wird. Praktikable Kriterien für eine gesamtwirtschaftliche Gewinnpolitik sind aber bis heute nicht entwickelt worden. Zudem fragt sich, inwieweit eine solche Politik mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen vereinbar ist. Auch müßte eine auf die Beeinflussung der Arbeitnehmer Einkommen und Gewinne abgestellte Einkommenspolitik ihre Ergänzung darin finden, daß die Einnahmen-Ausgaben-Gestaltung der öffentlichen Hand sinnvoll in den gesamtwirtschaftlichen Rahmen eingeordnet wird. Außerdem könnte nicht auf eine internationale Abstimmung der Konjunkturpolitik verzichtet werden.

Die Expansion dürfte sich im Durchschnitt der Industrieländer in den nächsten Monaten etwa im bisherigen Tempo fortsetzen. Einer leichten Beschleunigung in den EWG-Ländern wird eine nochmalige Verlangsamung in den EFTA-Ländern gegenüberstehen. Dabei wird die Bedeutung der Bundesrepublik für die Einkommensbildung ihrer Handelspartner geringer werden. Jedoch ist damit zu rechnen, daß von der Erholung in Frankreich und Italien expansive Einflüsse auf Einkommen und Beschäftigung in den übrigen Ländern ausgehen werden. Mit seiner steigenden Nachfrage nach Auslandsgütern wird Nordamerika weiterhin eine wichtige Stütze für die internationale Konjunktur sein.

Das gemäßigte Wachstum in den Industrieländern bietet den Rohstoff- und dabei vor allem den Entwicklungsländern kaum die für ihre eigene Expansion erforderlichen Exportchancen. Da die Währungsreserven dieser Gebiete in den letzten Jahren angereichert werden konnten, steht ihnen zunächst die Möglichkeit offen, auf diese Guthaben zurückzugreifen. Mittelfristig wird dagegen ein vermehrter Kapitalexport aus den Industrieländern wieder zur unabdingbaren Voraussetzung eines stetigen Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

In der Wirtschaft der Bundesrepublik vollzieht sich seit einigen Monaten ein konjunktureller Wandel¹⁾. Die Spannungen zwischen dem Gesamtangebot und der Gesamtnachfrage, die sich bis zum Frühjahr noch verstärkt hatten, begannen nachzulassen. Bei dieser neuen Konstellation expandiert die Nachfrage konjunkturell nicht mehr so rasch wie zuvor, das Angebot nimmt dagegen nahezu unvermindert kräftig zu. Insgesamt erhöhte es sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum um schätzungsweise 7 vH²⁾.

Das Gesamtangebot wird durch stark steigende Einfuhren gestützt; das im Inland produzierte Angebot wuchs nicht mehr ganz so schnell wie bisher. Neben der raschen Steigerung der Einfuhr wirkte auch ihre Zusammensetzung einer weiteren Anspannung auf den Warenmärkten und auf dem Arbeitsmarkt entgegen, da sich der Anteil der Fertigwaren erheblich vergrößerte.

Die Zahl der Beschäftigten nahm durch vermehrten Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte rascher zu als im Vorjahr. Der Umfang der tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzung ließ zwar erheblich nach, die tatsächlich geleistete Arbeitszeit ging jedoch unvermindert zurück, da ein Ausgleich durch Überstunden offenbar nicht mehr als so notwendig empfunden wurde wie vordem. Das Arbeitsvolumen erweiterte sich gegenüber dem Sommerhalbjahr 1964 demnach nur wenig. Die Produktionsleistung je Arbeitsstunde dürfte im Vorjahresvergleich um 4 vH gestiegen sein.

Die Lockerung der Spannungen zeigte sich auf den Gütermärkten deutlicher als auf dem Arbeitsmarkt. Der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften ließ zwar in der Bauwirtschaft und neuerdings auch in der Industrie nach, die zusätzliche Nachfrage der anderen Wirtschaftszweige blieb indes mindestens gleich, wahrscheinlich ist sie sogar gestiegen.

Im Preisbild kommt die Entspannung bisher nur bei den Baupreisen deutlich zum Ausdruck. Im Bereich des verarbeitenden Gewerbes ließen die Preisauftriebstendenzen zwar nach, doch verhinderte der starke Kostendruck bisher eine spürbare Abschwächung. Verstärkt hat sich die Teuerung im privaten Verbrauch; vornehmlich ist dies jedoch auf die Verknappung des Angebots eines Teils der Ernährungsgüter zurückzuführen.

Leistungsbilanzdefizit

Die Veränderung der konjunkturellen Konstellation ging vom Außenhandel, und zwar speziell vom Außenhandel mit den EWG-Partnern Italien und Frankreich aus. Vom Außenhandel mit diesen Ländern war im Jahre 1963 auch der Anstoß zum Konjunkturaufschwung ausgegangen. Damals hatte die — inflatorisch aufgeblähte — Nachfrageexpansion in Italien und Frankreich einen starken Importsoog ausgeübt, der die Exporte und mit ihnen die Exportüberschüsse der Bundesrepublik sprunghaft ansteigen ließ. Seit einiger Zeit verläuft die Entwicklung in umgekehrter Richtung: Die Expansion in der Bundesrepublik und die Exportanstrengungen Italiens und Frankreichs haben die westdeutschen

¹⁾ Die Angaben über die Vergangenheit beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf das Sommerhalbjahr 1965.

²⁾ Realwert des Bruttosozialprodukts und der Einfuhr.

Einfuhren so stark steigen lassen, daß an die Stelle der bisher erzielten Exportüberschüsse ein Importüberschuß im Warenhandel trat.

Entwicklung der Salden der Warenbilanz nach Herstellungs- und Verbrauchsländern in Mill. DM; Bundesgebiet

	1963		1964		1965
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
Alle Länder	+1 930	+4 100	+4 360	+1 720	+1 050
darunter:					
EWG-Länder	+1 960	+2 450	+2 890	+ 344	- 285
davon:					
Frankreich	+ 434	+ 503	+ 683	+ 470	+ 104
Italien	+ 729	+1 004	+ 621	- 497	- 856
Niederlande	+ 432	+ 496	+1 017	+ 367	+ 425
Belgien-Luxemburg	+ 536	+ 448	+ 569	+ 3	+ 43
EFTA-Länder	+2 865	+3 280	+3 510	+3 490	+3 635
USA und Kanada	-2 320	-1 640	-1 560	-1 890	-1 870
Entwicklungsländer	-1 001	- 301	-1 301	- 604	-1 203

Nach der amtlichen Außenhandelsstatistik.

Die Entlastung der konjunkturellen Situation durch die Einfuhr war, wie bereits erwähnt, deshalb so intensiv, weil sich die Zusammensetzung der Importe in den letzten Monaten änderte. Während noch bis zum Frühjahr die Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren über den laufenden Verbrauch hinaus zur Auffüllung der Lager kräftig gesteigert worden waren, konzentrierte sich dann die Zunahme der Einfuhren mehr und mehr auf gewerbliche Fertigwaren und — bedingt durch das knappe

Inlandsangebot — auf Ernährungsgüter. Die Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren nahmen dagegen seit einigen Monaten kaum noch zu.

Im Gegensatz zur Einfuhr ist die Ausfuhr seit dem Frühjahr konjunkturell nur noch wenig gestiegen. Ausschlaggebend für die Abschwächung war, daß die Lieferungen nach den Niederlanden und der Schweiz zurückgegangen sind. Zudem hat sich der Anstieg der Ausfuhren nach Frankreich weiter abgeschwächt. Die retardierenden Einflüsse, die bisher von der konjunkturellen Schwäche in Italien ausgegangen waren, haben sich dagegen weiter verringert.

Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland haben sich die Ausgaben vor allem wegen höherer Gewinnauszahlungen an Ausländer, aber auch im Zusammenhang mit den Urlaubsreisen beträchtlich erhöht. Die Einnahmen wuchsen dagegen im bisherigen Maße, so daß sich die Tendenz zum Ausgabenüberschuß weiter verstärkte. Erstmals seit langem war somit die Leistungsbilanz defizitär.

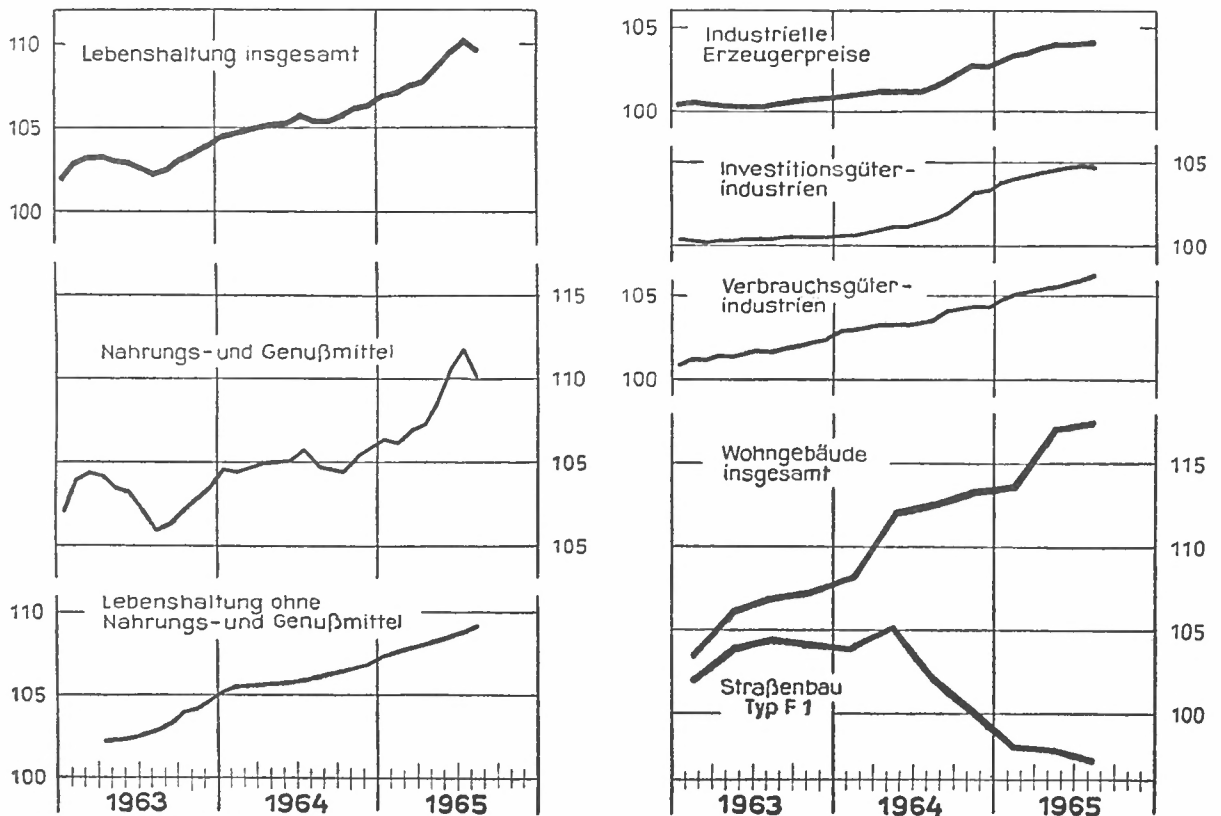
Differenzierung der Investitionsneigung

Bau- und Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich weiterhin sehr unterschiedlich.

Die Ausgaben für *Bauinvestitionen* sind seit dem Frühjahr konjunkturell nur langsam gestiegen. Zu ihrem realen Wachstum trugen weniger das Bauhauptgewerbe als das Baunebengewerbe und der Stahlbau bei. Im Bauhauptgewerbe geht die Zahl

ZUR PREISENTWICKLUNG IM BUNDESGBIET

1962 = 100



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

DIW 65

der Beschäftigten seit einiger Zeit zurück. Die Auslastung der Produktionskapazitäten war dort nach dem Konjunkturtest des Ifo-Institutes weiterhin etwas niedriger als im Vorjahr, vermutlich vorwiegend aus Witterungsgründen.

Die Genehmigung für Hochbauten haben weiter zugenommen; die Wachstumsrate (cbm umbauter Raum) war im Wohnungsbau mit rund 10 vH trotz des beträchtlichen Anstiegs der Hypothekenzinsen am größten. Die Genehmigungen für gewerbliche Bauten erhöhten sich nur um 3 vH.

Im Tiefbau sind seit Jahresbeginn weit mehr Aufträge eingegangen als 1964. Der Produktionsstand vom Vorjahr wurde trotzdem vermutlich nicht gehalten.

Die Preisentwicklung war für Hoch- und Tiefbauten nach wie vor unterschiedlich, wenn auch weniger als bisher, da sowohl der Preisanstieg im Hochbau als auch der Preisrückgang im Tiefbau nachließen.

Die Ausgaben für *Ausrüstungen* nahmen nochmals beachtlich zu. Das Investitionstempo der privaten Wirtschaft scheint sich aber abzuschwächen. Die Investitionsneigung, die bisher auf breiter Front gestiegen war, differenziert sich nun branchenmäßig wieder stärker. Während die Ausrüstungsinvestitionen der Industrie und der Landwirtschaft weiter recht kräftig zunahm, wurden sie in der Bauwirtschaft, im Straßenverkehr und bei der Bundesbahn — hier aus Finanzierungsgründen — eingeschränkt.

Für eine weitere Beruhigung der Investitionskonjunktur spricht, daß im Maschinenbau, dem wichtigsten Produzenten von Ausrüstungsgütern, die Bestellungen aus dem Inland konjunkturell nicht mehr steigen. Im Vorjahresvergleich hat sich der Zuwachs verringert. Dabei ging die Zahl jener Maschinenbausparten, die höhere Inlandsaufträge als vor einem Jahr meldeten, seit Jahresbeginn zurück.

Der Anstieg der Preise für Ausrüstungsgüter hat nachgelassen.

Unvermindertes Wachstum des privaten Verbrauchs

Wie stets beim Übergang der Konjunktur in eine ruhigere Phase prägt auch gegenwärtig der private Verbrauch mehr und mehr das konjunkturelle Bild. Seine Expansion hat sich konjunkturell noch nicht verlangsamt. Zu dem hohen Wachstumstempo trugen nicht so sehr die Lohnsteigerungen bei als die zum Jahresbeginn in Kraft gesetzte Steuer-senkung. Auch die Steigerung der vom Staat an die privaten Haushalte übertragenen Einkommen war beträchtlich.

Insgesamt ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte beschleunigt gestiegen. Andererseits hat sich der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen nochmals — von 10 vH auf 11 vH — erhöht. Außerdem wurde ein erhöhter Teil des privaten Verbrauchs durch ausländische Güter und Dienstleistungen gedeckt, so daß von zwei Seiten her die Nachfrage auf den heimischen Märkten weniger zunahm als das Konsumenteneinkommen.

Stark expansive öffentliche Haushalte

Neben dem privaten Verbrauch ist auch der öffentliche Verbrauch kräftig gestiegen. Die größte Steigerung ergab sich im ersten Halbjahr bei den Personalausgaben und bei den Aufwendungen im Verteidigungsbereich. Bei den Personalausgaben war der Trend durch die Lohn- und Gehaltsentwicklung in der privaten Wirtschaft vorgegeben; im militärischen Bereich wurde die Entwicklung durch hohe Einfuhren bestimmt.

Außerhalb des Staatsverbrauchs haben sich die Ausgaben für Einkommens- und Vermögensübertragungen ebenfalls rasch erhöht. Die Ausgaben für Investitionen sind im Vergleich hierzu langsamer gewachsen, aber doch noch so rasch wie in der zweiten Hälfte des Vorjahres.

Die gesamten Ausgaben der öffentlichen Stellen waren im ersten Halbjahr um rund 10 vH höher als vor einem Jahr. Sie nahmen damit schneller zu als die Einnahmen, deren Entwicklung durch die Steuersenkung und die Veranlagung des gewinn-schwachen Jahres 1963 stark beeinträchtigt wurde. Die finanzielle Situation des Staates hat sich daher beträchtlich verschlechtert. Der Bund, die Länder und Gemeinden sowie der Lastenausgleichsfonds mußten sich im ersten Halbjahr 1965 um insgesamt 3,2 Mrd. DM verschulden. In dieser Größenordnung hat sich auch die gesamte Geldvermögensposition der Gebietskörperschaften verschlechtert.

Verlangsamte Gewinnentwicklung

Die Veränderung der konjunkturellen Konstellation schlug sich in der Einkommensverteilung deutlich nieder. Im Gegensatz zum Einkommen aus unselbständiger Arbeit, das auf solche Änderungen verzögert reagiert, ist das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen weit langsamer gewachsen als bisher. Zur Finanzierung der Investitionen mußten daher die Unternehmungen in verstärktem Umfang Kredite aufnehmen.

Ausblick

Für die künftige konjunkturelle Entwicklung ist anzunehmen, daß sich die bisherigen Tendenzen im großen und ganzen fortsetzen werden: Die Expansion der Gesamtnachfrage wird weiter nachlassen und sich mehr als bisher den realen Wachstumsmöglichkeiten nähern. Der Preisanstieg wird daher, soweit er konjunkturell bedingt ist, an Intensität verlieren.

Dieser Prognose liegen im einzelnen folgende Vorstellungen zugrunde¹⁾:

Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen wird sich deutlich abschwächen. Im jüngsten Investitionsaufschwung ist es in den Investitionsgüterindustrien weder zu merklichen Verzögerungen der Lieferfristen gekommen, noch hat sich die Reichweite der Auftragsbestände merklich erhöht. Die Lieferungen werden daher in den nächsten Monaten den laufenden Bestellungen weiter rasch folgen, deren Wachstum bereits nachgelassen hat.

Für die Bauinvestitionen wird im kommenden Jahr mit einer geringfügigen Beschleunigung des Wachstums gerechnet.

¹⁾ Vgl. Tabelle 1.

Die Ausfuhr dürfte im weiteren Verlauf dieses Jahres wie bisher nur leicht wachsen. Bei der Industrie sind die Auftragsbestände aus dem Ausland bis in die letzte Zeit hinein leicht gestiegen. Von der konjunkturellen Entwicklung in Italien und Frankreich dürften erst im Verlauf des kommenden Jahres Impulse auf die deutschen Ausfuhr ausgehen, ihnen werden vermutlich aber retardierende Einflüsse aus anderer Richtung, namentlich aus England, der Schweiz und den skandinavischen Ländern gegenüberstehen. Das Wachstum der Einfuhr wird sich erst Anfang des nächsten Jahres etwas abschwächen, in erster Linie, weil die Importe von Fertigwaren der Verlangsamung der binnenwirtschaftlichen Gesamtnachfrage folgen werden. Diesen Annahmen gemäß wird sich die defizitäre Entwicklung der Leistungsbilanz nicht fortsetzen.

Für den Staatsverbrauch wurde eine etwas geringere Zunahme als für das Jahr 1965 angenommen, und zwar ausschließlich im Verteidigungsbereich.

Für den privaten Verbrauch wurde ein verringertes Wachstum eingesetzt. Diese Annahme erscheint berechtigt, weil die Nettolohn- und -gehaltssumme wegen einer — erwarteten — leichten Abschwächung der Lohnentwicklung sowie wegen der steigenden Belastung der Bruttoeinkommen mit Steuer- und Sozialabgaben verlangsamt zunehmen wird.

Auf Seiten des Angebots wird der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte etwas nachlassen; der Anstieg der Gesamtbeschäftigung wird den Rückgang der Arbeitszeit ausgleichen, das Arbeitsvolumen sich daher gegenüber dem laufenden Jahr kaum verändern.

Der Produktivitätsanstieg dürfte etwas höher ausfallen als im Jahr 1965.

Der Prognose liegt ferner die Annahme zugrunde, daß der Bund die Ausgabenwünsche der Ressorts — nur sie sind bisher bekannt — stärker kürzt als in den Vorjahren, nachdem bereits in diesem Herbst die Investitionspläne für das laufende Haushaltsjahr reduziert worden sind. Dies stützt die Annahme, daß im nächsten Jahr die Ausgaben nicht mehr schneller steigen werden als die Einnahmen.

Die für den Staat vorausgeschätzten Ausgaben bedingen trotz der zu erwartenden Beschleunigung im Anstieg der Einnahmen — die Wirkung der Steuersenkung ist dann überwunden und das gewinnstarke Jahr 1964 wird veranlagt — eine etwa ebenso hohe Finanzierungslücke wie im Jahr 1965.

Zur Konjunkturpolitik

Obwohl sich die Liquidität der Geschäftsbanken zunehmend verschlechterte, blieben die Banken in der Lage, ihre Kredite unvermindert auszuweiten. In der Finanzierungsstruktur der Wirtschaft ergab sich allerdings eine Verschiebung: der Bedarf mußte verstärkt durch kürzerfristige Kredite gedeckt werden. Das Angebot an langfristigem Kapital wurde dadurch beeinträchtigt, daß die Kapitalsammelstellen ihre Mittel bevorzugt in kurzfristiger Form anlegten, nachdem die Banken ihre Wertpapierkäufe nach der Einführung der Kuponsteuer verringert hatten. Dadurch wurde die Tendenz zur Steigerung des langfristigen Zinssatzes unterstützt,

die durch die Restriktionspolitik ausgelöst worden war. Diese Politik wurde selbst in der Zeit des Umschlages der Leistungsbilanz von Aktiv- zu Passivsaldo beibehalten, ja sogar akzentuiert. Dies erklärt die Tatsache, daß die Effektivverzinsung der Wertpapiere auch dann noch weiter stieg, als Stützungskäufe — auch der Bundesbank — dieser Entwicklung entgegenwirken sollten; diese Maßnahmen verstärkten den Attentismus vor allem der wichtigsten Kapitalanleger.

In der Befürchtung, daß der Zinsanstieg über die 7 1/2%-Marke hinausgehen werde und es dann wieder zu Wertpapierkäufen größeren Umfangs durch das Ausland käme sowie aus der Sorge vor weiteren Kursverlusten der neugewonnenen Wertpapiersparer verfügte die Bundesregierung einen Emissionsstop. Auch diese Maßnahme war nicht wirksam, denn der Zinsanstieg setzte sich weiter fort. Die Verteuerung der kürzerfristigen Kredite durch die Diskonterhöhung im August dürfte den Rückgriff der Wirtschaft auf ausländische Finanzierungsmittel, der schon vor der Jahresmitte eingesetzt hatte, sicherlich verstärken. Dieser unkontrollierbare Devisenzufluß zeigt, daß der Restriktionspolitik enge Grenzen gesetzt sind.

Auch so betrachtet, empfiehlt es sich, die internationalen Zahlungsströme zur Normalisierung des inneren Kapitalzinsniveaus zu nutzen.

Obwohl zur Zeit eine restriktive Konjunkturpolitik — gleich welcher Art — nicht mehr erforderlich ist, scheint es nicht überflüssig, an dieser Stelle auf die grundsätzliche Steuerungsproblematik hinzuweisen, wie sie in der jüngst vergangenen Phase sichtbar wurde, und wie sie sich jederzeit neu stellen kann.

Angesichts der Tatsache, daß eine restriktive Liquiditätspolitik zu einem anomal hohen Zins führt, der nur die Struktur der Investitionen zu beeinträchtigen droht, nicht aber das jeweilige Ausmaß der Investitionen steuert, sollte auf dieses Instrument in solchen Lagen nicht vertraut werden. An seine Stelle müßte eine grundsätzlich konjunkturbewußte Finanzpolitik treten und nicht eine Finanzpolitik, die erst des Druckes bedarf, der von den unerwünschten Folgen eines exzessiv hohen Kapitalzins ausgeht.

Eine solche konjunkturorientierte Finanzpolitik — und das sei besonders betont — bedeutet nicht, daß die Ausgaben des Staates nur um einen bestimmten — etwa an der Wachstumsrate des Sozialprodukts orientierten — Prozentsatz gesteigert werden dürften; sie bedeutet vielmehr, daß in Zeiten konjunktureller Anspannung die Einnahmen stärker steigen müssen als die Ausgaben, damit die — gleichgültig aus welcher Quelle stammende — Übernachfrage abgeschöpft, nicht aber konserviert oder gar verstärkt wird.

Gegenwärtig liegt besonderer Anlaß vor zu vermeiden, daß von Finanzierungsengpässen ohne weiteres auf Konjunkturspannungen geschlossen wird.

Nach der erwähnten Einschränkung der geplanten Investitionsausgaben des Bundes ist ein Wachstum der öffentlichen Ausgaben entstanden, dessen Stärke auch für 1966 vertretbar erscheint und das deshalb nicht durch Finanzierungs Gesichtspunkte behindert werden sollte.

Tabelle 1

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik
Vorausschätzungen für die Jahre 1965 und 1966
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1964	1965	1966	1964		1965	
				1. Halbj.	2. Halbj.	1. Halbj.	2. Halbj.
Entstehung des Sozialprodukts, real							
Beschäftigte Arbeitnehmer	1,1	1,4	1,0	1,0	1,2	1,5	1,3
Arbeitszeit ¹⁾	0,4	-0,6	-0,9	1,1	-0,2	-0,8	-0,4
Arbeitsvolumen	1,5	0,8	0,1	2,1	0,9	0,7	0,9
Produktivität ²⁾	5,0	3,2-3,7	3,5-4,5	5,3	4,7	3,8	2,6-3,6
Bruttoinlandsprodukt	6,6	4,0-4,5	3,5-4,5	7,5	5,7	4,5	3,5-4,5
Einkommensbildung, nominal							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	9,6	10	8-9	10	9	10	10
Nettolohn- und -gehaltssumme	9,5	10,5	7-7,5	10	9	11	10
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,8	4-5	2,5-4,5	10,5	9,5	5	4-5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen ³⁾	11,5	5-5,5	1-3	13	10	6	4-5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	9,5	10,5	7,5-8	9,5	9,5	11	9,5
Verwendung des Sozialprodukts, nominal							
Privater Verbrauch	8,0	9,5	7,5-8	8	8	10	9
Staatsverbrauch	4,5	10	8	1	8	12	9
Ausrüstungsinvestitionen	12,2	12-13	6-8	12	12	14	10-12
Bauinvestitionen	16,6	6	6,5-7	27	10	6	5,5-6,5
Ausfuhr	11,3	9	9,5	16	7,5	8	10
Bruttosozialprodukt	9,7	8-8,5	6,5-7,5	10	9,5	8,5	7,5-8,5
Einfuhr	11,7	15,5	8,5-9,5	9	14,5	19	13
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	10,0	9,0-9,5	7-7,5	10	10	10	8-9
Preisniveau							
Privater Verbrauch	2,6	3,2	2,8	2,3	2,8	2,9	3,5
Ausrüstungsinvestitionen	1,0	2,9	2,0	1,6	0,6	3,2	2,6
Bauinvestitionen	3,5	2,5	2,5	3,8	3,4	2,6	2,5
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	2,5	3,0	2,8	2,5	2,5	2,7	3,3

Anmerkung: Zahlen für 1964 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und nach eigenen Berechnungen, Zahlen für 1965 und 1966 nach Schätzungen der beteiligten Institute. Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West).
1) Einschließlich Veränderung der Zahl der Arbeitstage, die nur zur Hälfte berücksichtigt wurde. — 2) Reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitnehmerstunde. — 3) Ohne Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Tabelle 2

Ein- und Ausfuhr¹⁾ der Bundesrepublik²⁾ nach Herstellungs- und Verbrauchsländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1963		1964		1965	1963		1964		1965
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr
	Ausfuhr					Einfuhr				
Insgesamt	+ 6,1	+ 13,9	+ 15,9	+ 7,3	+ 9,4	+ 4,9	+ 6,3	+ 7,6	+ 17,3	+ 22,9
darunter:										
EWG-Länder	+ 14,6	+ 26,8	+ 18,2	+ 0,2	+ 3,2	+ 8,7	+ 8,5	+ 11,2	+ 23,4	+ 39,0
Frankreich	+ 14,9	+ 21,5	+ 20,9	+ 10,5	+ 4,7	+ 3,3	+ 5,2	+ 14,8	+ 13,4	+ 24,9
Belgien-Luxembg.	+ 10,2	+ 20,7	+ 25,1	+ 11,5	+ 13,9	+ 22,9	+ 20,3	+ 15,7	+ 39,3	+ 46,8
Niederlande	+ 8,8	+ 25,6	+ 25,2	+ 11,1	+ 8,4	+ 15,5	+ 12,9	+ 4,2	+ 18,5	+ 37,2
Italien	+ 25,1	+ 40,5	+ 1,9	+ 30,9	- 15,8	- 1,3	- 0,7	+ 10,7	+ 29,6	+ 66,0
EFTA-Länder	+ 5,8	+ 8,8	+ 13,6	+ 10,5	+ 10,7	+ 3,1	+ 2,2	+ 8,1	+ 13,3	+ 15,7
Großbritannien	+ 10,8	+ 15,5	+ 30,3	+ 15,9	- 4,5	+ 9,9	+ 0,8	+ 10,5	+ 14,7	+ 14,9
Norwegen	+ 7,4	+ 1,6	+ 0,5	+ 11,6	+ 15,5	+ 19,3	+ 9,1	+ 3,8	+ 23,8	+ 21,7
Schweden	+ 7,8	+ 15,3	+ 14,2	+ 5,1	+ 19,8	- 3,3	+ 4,4	+ 13,2	+ 15,4	+ 13,1
Dänemark	- 0,3	- 4,8	+ 17,0	+ 19,8	+ 18,3	- 7,3	+ 5,7	+ 11,0	+ 0,2	+ 8,3
Schweiz	+ 5,0	+ 9,3	+ 8,0	+ 5,0	+ 3,0	+ 3,2	- 1,2	+ 2,5	+ 10,8	+ 21,2
Österreich	+ 5,1	+ 7,9	+ 10,5	+ 13,6	+ 16,2	+ 1,6	- 2,3	+ 6,2	+ 15,9	+ 16,6
Portugal	+ 3,9	+ 18,0	+ 24,5	+ 13,1	+ 30,3	+ 18,5	+ 27,0	- 13,5	+ 24,5	+ 27,7
USA und Kanada	+ 5,0	+ 9,2	+ 17,3	+ 11,5	+ 15,5	+ 16,5	+ 3,5	- 8,3	+ 12,9	+ 17,2

Nach der amtlichen Außenhandelsstatistik. — 1) Spezialhandel. — 2) Einschließlich Berlin (West).

Tabelle 3
Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen in der Bundesrepublik
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1964		1965		1964	1965	1966
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr		
<i>Ausrüstungsinvestitionen</i>							
in jeweiligen Preisen . . .	12,2	12,2	14,0	10-12	12,2	12-13	6-8
in Preisen von 1954	10,4	11,5	10,5	7-9	11,0	9-10	4-6
Preisniveau	1,6	0,6	3,2	2,6	1,0	2,9	2,0
<i>Bauinvestitionen</i>							
in jeweiligen Preisen . . .	26,9	9,6	6,2	6,0	16,6	6,0	7,0
in Preisen von 1954	22,2	6,0	3,5	3,5	12,6	3,5	4,5
Preisniveau	3,8	3,4	2,6	2,5	3,5	2,5	2,5
<i>Gesamte Brutto-Anlageinvestitionen</i>							
in jeweiligen Preisen . . .	19,0	10,7	10,0	8-9	14,5	9,0	6-8
in Preisen von 1954	16,1	8,6	6,8	5,5-6,5	11,7	6,0	4-6
Preisniveau	2,5	1,9	3,0	2,5	2,5	2,7	2,2

Tabelle 4
Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik

	1964		1965		1963	1964	1965	1966
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr				
Mrd. DM								
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit .	72,5	78,5	80,5	86,4	137,9	151,0	166,9	178,6
Öffentliche Übertragungen	26,4	28,4	29,8	31,3	49,8	54,8	61,1	67,2
Entnommene Gewinne u. Vermögenseinkommen	24,6	33,2	27,0	35,8	53,0	57,8	62,8	67,5
Insgesamt	123,5	140,1	137,3	153,5	240,7	263,6	290,8	313,3
Auslandsübertragungen u. a. 1)	2,6	2,7	2,9	3,0	4,7	5,3	5,9	6,4
%. Verfügbares Einkommen	120,9	137,4	134,4	150,5	236,0	258,3	284,9	306,9
Privater Verbrauch	109,0	123,4	119,8	134,5	215,1	232,4	254,3	273,9
Geldvermögensbildung	11,9	14,0	14,6	16,0	20,9	25,9	30,6	33,0
Geldvermögensbildung in vH des verfügbaren Einkommens	9,8	10,2	10,9	10,6	8,9	10,0	10,7	10,7
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in vH								
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit .	10,0	9,0	11,0	10,0	6,8	9,5	10,5	7,0-7,5
Öffentliche Übertragungen	7,5	12,5	13,0	10,0	6,6	10,0	11,5	10,0
Entnommene Gewinne u. Vermögenseinkommen	11,0	8,0	9,5	8,0	6,5	9,0	8,5	7,5
Verfügbares Einkommen	9,5	9,5	11,0	9,5	6,7	9,5	10,5	7,5-8,0
Privater Verbrauch	7,8	8,2	10,0	9,0	5,4	8,0	9,5	7,5-8,0
Geldvermögensbildung	28,0	21,0	23,0	15,0	19,0	24,0	19,0	8,0

1) Insbesondere Kraftfahrzeugsteuer und Erstattungen im Rahmen der Sozialhilfe.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 29. Oktober 1965

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hüb, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,-, halbjährlich DM 17,-, vierteljährlich DM 9,-

